



Open Access Repository  
[www.ssoar.info](http://www.ssoar.info)

## Deutschland als europäische Führungsmacht: die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen

Demesmay, Claire; Puglierin, Jana; Rappold, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Demesmay, C., Puglierin, J., & Rappold, J. (2017). *Deutschland als europäische Führungsmacht: die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen*. (DGAP-Analyse, 5). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56046-8>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

## Deutschland als europäische Führungsmacht: **Die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen**

*Claire Demesmay, Jana Puglierin und Julian Rappold*

**Zusammenfassung** Durch den Machtwechsel in Frankreich hin zum proeuropäischen Präsidenten Emmanuel Macron, der über eine solide Parlamentsmehrheit verfügt, hat sich ein Zeitfenster geöffnet, um die Situation in der EU zu stabilisieren und zu verbessern. Deutschland kommt dabei eine Führungsrolle zu. Nach der deutschen Bundestagswahl im September könnten Deutschland und Frankreich zeigen, dass sie gemeinsam in der Lage sind, europäische Politiken und die Europäische Union weiterzuentwickeln. Um konstruktiv arbeiten zu können, braucht Deutschland allerdings größeres Vertrauen vonseiten Frankreichs und anderer Schlüsselpartner. Die Bundesregierung muss Glaubwürdigkeit gewinnen, ihre Partner einbeziehen und den Vorwurf der Dominanz und der Alleingänge entkräften. Dafür sollte sie nicht nur aktiv Zusammenarbeiten anbieten und ihre Partner stärker aufwerten. Auch eine bessere Erklärung der eigenen europapolitischen Positionen und Kompromissfähigkeit sind unumgänglich.

# Inhalt

- 3** Deutschland als europäische Führungsmacht:  
**Die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen**  
*Claire Demesmay, Jana Puglierin und Julian Rappold*

**3** **Perspektive 1: Frankreich**

**5** **Perspektive 2: Griechenland**

**7** **Perspektive 3: Polen**

**9** **Handlungsempfehlungen für die deutsche Europapolitik**

**11** **Anmerkungen**

# Deutschland als europäische Führungsmacht: Die Sicht aus Frankreich, Griechenland und Polen

*Claire Demesmay, Jana Puglierin und Julian Rappold*

Die Bundesrepublik wurde seit Ausbruch der Finanzkrise in der EU zunehmend zum wesentlichen Schlüsselakteur. „Deutschland“, so der damalige polnische Außenminister Radek Sikorski im Jahr 2011, „ist die unverzichtbare Nation Europas“. Doch je mehr die Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren bewusst eine Führungsrolle eingenommen hat, desto größer wurde auch das Misstrauen, das Berlin entgegenschlug. Nicht alle Mitgliedstaaten der EU waren und sind von den deutschen Lösungsansätzen überzeugt. Vielmehr sehen einige europäische Staats- und Regierungschefs im Einfluss Deutschlands auch einen Teil des Problems. So musste sich der neue französische Präsident Emmanuel Macron im Wahlkampf gegen den Vorwurf seiner Herausforderin Le Pen zur Wehr setzen, nur „Vizekanzler“ Angela Merkels zu sein. Im Zuge der Wiederwahl Donald Tusks zum EU-Ratspräsidenten gegen den Willen der polnischen Regierung hieß es aus dem PiS-Lager, der „Kandidat der Deutschen“ habe gesiegt.

Hier zeigen sich die Befürchtungen in Frankreich und Polen, zwei der deutschen Schlüsselpartner in der EU, unter einem vermeintlichen deutschen Diktat zu stehen. In Griechenland ist der Unmut über die deutsche Regierung ohnehin seit Ausbruch der Banken- und Staatsverschuldungskrise groß. Immer wieder schimpfen die griechischen Medien über das „deutsche Europa“. Für Berlin sind das wachsende Misstrauen und die daraus resultierende „Abgrenzungs- und Verweigerungshaltung“<sup>1</sup> einiger europäischer Länder ein großes Problem.

Die Bundesregierung, die den bereitwilligen Verzicht auf Souveränität zugunsten der europäischen Integration zum außenpolitischen Leitmotiv der Bonner Republik erhoben hatte und bis heute ihre „Selbstbeschränkung“ und „Selbsteinbindung“ im europäischen Kontext betont, läuft Gefahr, als „selbstherrlich und rücksichtslos“<sup>2</sup> zu gelten. Die bewährte Strategie, mit den anderen europäischen Ländern einen Konsens zu finden, statt Zustimmung zu erzwingen, ist im Zuge der jüngsten Krisen an ihre Grenzen gestoßen. Im Zuge der Krisen im Euroraum, der Krise mit Russland über die Ukraine und der Flüchtlingskrise

ist die Bundesregierung mit konträren Erwartungen und Interessen der EU-Mitgliedstaaten konfrontiert worden. Gleichzeitig musste sie eine Politik betreiben, die auch die eigenen Wähler und nationalen Interessen befriedigt.

Länderanalysen zu Frankreich, Griechenland und Polen beleuchten am Beispiel der oben genannten Krisen wie die Politik der Bundesregierung in den jeweiligen Ländern aufgenommen wurde, wodurch sie für Misstrauen gesorgt hat und inwieweit dieses gerechtfertigt ist.

Darauf folgen Handlungsempfehlungen, wie die Bundesregierung verlorenes Vertrauen wiedergewinnen und weitere Vertrauensverluste vermeiden kann. Das Vertrauen der anderen Länder in Deutschland wird dabei anhand folgender Kriterien gemessen: ein stabiles Deutschland-Bild in der Bevölkerung des Partnerlandes; die Bereitschaft bei dessen Regierung, sich auf Zugeständnisse einzulassen sowie breite Akzeptanz in Politik und Medien für die gefundenen Kompromisse.

## Perspektive 1: Frankreich

Obwohl sich die französische Bevölkerung seit Jahrzehnten mehrheitlich positiv zu Deutschland und der deutsch-französischen Zusammenarbeit geäußert hat, reagiert ein Teil der BürgerInnen auf Deutschlands wachsenden Einfluss besorgt bis irritiert. Einerseits sind die Sympathiewerte Deutschlands im Laufe der untersuchten drei Krisen ziemlich stabil geblieben: 2013 gaben in einer Umfrage 85 Prozent der Befragten an, vom deutschen Nachbarn ein „gutes Bild“ zu haben.<sup>3</sup> Die überwiegende Mehrheit hatte ein positives Bild der bilateralen Zusammenarbeit (87 Prozent) und hielt sie für die Zukunft der EU und der Eurozone (93 Prozent) für notwendig.<sup>4</sup> Drei Jahre später fanden 74 Prozent der Befragten Deutschland sympathisch und sogar 61 Prozent von ihnen zeigten sich zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit Angela Merkels.<sup>5</sup> Auf den ersten Blick scheinen solche Ansichten mit dem Narrativ der deutsch-französischen Freundschaft übereinzustimmen, das in den 1960er Jahren den Diskurs der

Erzfeindschaft ersetzt und seitdem von den Regierenden kontinuierlich gepflegt worden ist. Das liegt zum Großteil am regen zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen den beiden Ländern: Enge Verflechtungen wie Schüleraustauschprogramme, Städtepartnerschaften und integrierte Studiengänge schützen das Bild vom Gegenüber vor politischen Schwankungen und federn Konflikte ab.

Doch seit dem Ausbruch der Finanzkrise lassen sich Spannungen beobachten. Wenngleich die Zustimmung für Deutschlands Führungsrolle in der EU relativ hoch ist (65 Prozent),<sup>6</sup> sieht ein erheblicher Teil der Bevölkerung sie gleichzeitig mit Besorgnis. Als die beiden Länder 2013 das 50. Jubiläum des Élysée-Vertrags über die deutsch-französische Freundschaft feierten, waren 86 Prozent der französischen Befragten davon überzeugt, dass Deutschland durch die Krise ein „dominantes Land in Europa“ geworden sei.<sup>7</sup> Die deutsche Regierung wird in erster Linie des Egoismus verdächtigt – so die Meinung von 71 Prozent der Befragten.<sup>8</sup> Dass sich Deutsche und Franzosen in der Einschätzung von Deutschlands Einfluss uneins zu sein scheinen, zeigt eine andere Umfrage: Drei Viertel der Franzosen, aber weniger als die Hälfte der Deutschen denken, dass Deutschland in der Beziehung „den Ton angibt“.<sup>9</sup>

Hier geht es weniger um Misstrauen als um Frustration über den eigenen Verlust an Einfluss in der Europapolitik, den französische Medien immer wieder thematisieren und dabei regelmäßig das Leitmotiv eines hegemonialen Deutschlands aufgreifen.<sup>10</sup> Ist „Europa zu deutsch?“, fragte etwa Ende 2014 die linksorientierte Tageszeitung *Libération*. Doch in vielen Artikeln dient die deutsche Führungsrolle lediglich als Anlass, um Frankreichs Bedeutungs- und Einflussverlust auf dem europäischen und internationalen Parkett zu beklagen. So erklären französische Journalisten die Dominanz Deutschlands in erster Linie durch die Schwäche seiner europäischen Partner – angefangen mit Frankreich – und die Spaltung der EU.

Auch im politischen Frankreich sorgt der Zustand der deutsch-französischen Beziehungen für Spannungen. Zwar befürworten die französische Regierung und die Mehrheit der BürgerInnen die deutsch-französische Zusammenarbeit. Dies gehört zur Tradition der französischen Politik, unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist. Als neuer Präsident ist Emmanuel Macron keine Ausnahme. Er hat zudem klar den Anspruch, in der Europapolitik mit und nicht gegen Deutschland zu arbeiten.

Doch neben dem obligatorischen Diskurs der deutsch-französischen Freundschaft sind in politischen Kreisen regelmäßig mehr oder weniger schwere Vorwürfe gegen Deutschland zu hören: In der Europapolitik berücksichtigt es nur seine eigenen Interessen und liege in der

Analyse der gemeinsamen Probleme falsch. In den vergangenen zehn Jahren haben alle französischen Regierungen solche Vorwürfe vermieden, um die Zusammenarbeit nicht aufs Spiel zu setzen; was aber nicht bedeutet, dass sie diese Ansicht nicht geteilt hätten. Außerhalb der Regierung ist die Kritik an Kompromissen mit Deutschland in den vergangenen Jahren gewachsen. Ein Teil der Sozialisten prangert die deutsche hegemoniale Position an und fordert einen Konfrontationskurs, während sich manche Gaullisten ein Frankreich wünschen, das zum Gegengewicht Deutschlands wird.<sup>11</sup>

Wirklich deutschlandfeindliche Parolen finden sich in den radikalen Parteien. Der rechtsextreme Front National beschuldigt die Bundesregierung, egoistisch, rücksichtslos und herrisch zu handeln – in der Staatsverschuldungswie in der Flüchtlingskrise, die Deutschland erlaube, „Löhne zu drücken und [...] weitere Sklaven durch Massenimmigration zu rekrutieren“. Ähnlich klingt Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender der linken *La France insoumise*, der die Bundeskanzlerin gern als autoritären Bismarck bezeichnet. Er kritisiert nicht nur die deutsche Haltung als rechthaberisch, sondern versteht auch die deutsche Flüchtlingspolitik als „opportunistisch“. In den Krisen im Euroraum versuche Deutschland sich auf Kosten seiner Nachbarn zu bereichern. Le Pen wie auch Mélenchon verdächtigen Deutschland der versteckten Agenda, die EU dominieren zu wollen.

Der Ton gegenüber Deutschland hängt nicht nur von der Parteipräferenz oder Machtteilhabe der eigenen Partei ab. Auch die Art der Krisen, die hier diskutiert werden, ist entscheidend: Im Zuge der Krisen im Euroraum, des Konflikts mit Russland über die Ukraine und der Flüchtlingskrise zeigen sich unterschiedliche Formen und ein anderes Maß des Misstrauens gegenüber Deutschland. Ein aufschlussreiches Kriterium zur Messung des Vertrauens gegenüber der deutschen Regierung ist die Einstellung der französischen Regierung zu Zugeständnissen gegenüber Deutschland, und wie diese wiederum von Politik und Medien akzeptiert werden. Dabei geht es nicht nur um reine Kompromissbereitschaft, die durchaus aus einem Zwang zur Zusammenarbeit entstehen kann. Wichtiger ist, ob die Entscheidungsträger zu den eingegangenen Kompromissen stehen.

Im Laufe der Krisen im Euroraum ging Paris viele Kompromisse ein, und das auch jenseits der „Merkozy“-Ära, die sich allein aus Pragmatismus um Harmonie bemühte. Ein Beispiel ist die Ratifizierung des EU-Fiskalvertrags, die François Hollande kurz nach seinem Amtsantritt vorantrieb, obwohl er zuvor im Wahlkampf angekündigt hatte, den Vertrag neu verhandeln zu wollen. Auch nach

der Ratifizierung gab es immer wieder Zweifel an der Richtigkeit des von Deutschland getragenen Sparkurses, den manche in der französischen Regierung als zu hart und dementsprechend kontraproduktiv ansahen. Ab 2010 wurde die ökonomische Kompetenz der deutschen Regierung dann regelmäßig infrage gestellt. Viele Sozialisten, auch in der Regierung, hatten schon die Ratifizierung des Fiskalvertrags als erzwungen angesehen. Außerhalb der Regierung haben diese Sorgen ein noch größeres Echo gefunden; hier werfen französische Politiker und Journalisten der Bundesregierung hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der EU nicht nur offen Fehleinschätzung, sondern auch Egoismus vor.

In der Flüchtlingskrise vermied die Regierung unter François Hollande 2015 zwar eine Blockadehaltung, zeigte sich aber zumindest zu Beginn der Krise wenig offen für Kompromisse. Dies lag daran, dass sie weder die Prioritäten der deutschen Regierung teilte (nämlich eine schnelle Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge, im Gegensatz zu Terrorismusbekämpfung und Eindämmung eines starken Front National) noch deren Problemanalyse traute. Die von Deutschland vorgeschlagene Lösung einer Quotenregelung zur innereuropäischen Verteilung der Flüchtlinge wurde als kurzsichtig, naiv und politisch gefährlich betrachtet. Die französische Regierung sah sich nicht in der Pflicht, weitere Zugeständnisse zu machen – weil sie, anders als in der Währungsunion, keine Regel dazu verpflichtete; und weil sie darüber hinaus das Flüchtlingsproblem nicht als das ihre betrachtete, sondern in erster Linie als eine deutsche Angelegenheit.

Gleichzeitig war die französische Regierung durchweg zu engen und regelmäßigen Abstimmungen mit Deutschland bereit. In der zweiten Phase der Krise, nach dem Sommer 2015, bemühten sich beide Länder um gemeinsame Lösungen zum Schutz der EU-Außengrenzen und um Vorschläge zur Reform des Dublin-Systems. Auch wenn das Türkei-Abkommen einen deutschen Stempel trägt, lehnte Frankreich es nicht ab und kritisierte es auch nicht öffentlich. Beide Länder suchten den Schulterchluss, um weitere Spannungen in der EU zu vermeiden. Zudem distanzierte sich Deutschland von seinem ursprünglichen Kurs.

Die Wahrnehmung der deutschen Rolle in der Konfrontation mit Russland über die Ukraine entspricht einem ganz anderen Muster. Hier kann von Misstrauen keine Rede sein. In dieser Region, die nie ein Schwerpunkt der französischen Außenpolitik war, erkennt die französische Regierung Deutschlands Expertise an und erhebt keinen Anspruch auf Führung. So lässt sie sich gern auf die Rolle eines Juniorpartners ein, da diese keinen Verlust

an Einfluss in der Europapolitik bedeutet – im Gegenteil. Auch in der öffentlichen Diskussion wurde die deutsche Position in der Konfrontation mit Russland bezüglich der Ukraine kaum kommentiert.

Das Misstrauen breiter Kreise der französischen Politik und Gesellschaft gegenüber der Bundesregierung bezieht sich also in erster Linie auf deren Problemanalyse. In den Krisen im Euroraum wie in der Flüchtlingskrise wurde bezweifelt, ob die Bundesregierung die Lage richtig einschätzt und passende Lösungen anbietet. Dieses Misstrauen gilt vor allem für Fragen, in denen Deutsche und Franzosen traditionell unterschiedliche Ansichten und Interessen haben, wie in der Wirtschaftspolitik; aber auch für Fragen der nationalen Souveränität, wie bei der Flüchtlingskrise mit den Themen Zuwanderung und Staatsgebiet. Zudem scheint diese Art von Misstrauen dann zu wachsen, wenn das EU-Regelwerk wenig relevant oder nicht existent ist. Dass sich Deutschland in der Flüchtlingskrise nicht auf eine europäische Vereinbarung berufen konnte, nährte den Verdacht eines Alleingangs oder sogar nationalen Egoismus. Ein solches Misstrauen unterscheidet sich im Übrigen vom Unbehagen über die tatsächliche Dominanz Deutschlands in der Europapolitik: Was es zum Ausdruck bringt, ist weniger ein Vertrauensverlust als Frustration über die eigene Schwäche.

## Perspektive 2: Griechenland

In den vergangenen Jahren hat das Ansehen Deutschlands in keinem Land so sehr Schaden genommen wie in Griechenland. Die Wahrnehmung Deutschlands wurde dabei fast ausschließlich von der Rolle der Bundesregierung in den Verhandlungen über die griechische Wirtschafts- und Schuldenkrise geprägt. Der Konflikt mit Russland über die Annexion der Krim, in der Deutschland durch sein Engagement im Rahmen des Normandie-Formats und in der Ratifizierung des Minsk-Abkommens ebenfalls eine Führungsrolle einnimmt, fand in der griechischen Öffentlichkeit hingegen keine Beachtung. Einzig die Sanktionen gegenüber Russland, bei denen die Bundesregierung eine treibende Kraft ist und in denen die griechische Regierung schwerwiegende Nachteile für die heimische Wirtschaft sieht, hinterfragte letztere teils offen kritisch, trug sie aber schlussendlich bisher immer mit.

Allerdings war der Konflikt zwischen beiden Staaten in der griechischen Staatsschuldenkrise so fundamental, dass die traditionell engen bilateralen Beziehungen seither einer harten Belastungsprobe ausgesetzt sind – nicht zuletzt, weil die Bewältigung der Schuldenkrise für

den griechischen Staat und seine Bevölkerung eine fast existenzielle Herausforderung ist.

Während Deutschland im Jahr 2005 mit 78 Prozent im weltweiten Vergleich noch das beliebteste Land in Griechenland war, sank dieser Wert 2013 auf gerade einmal 33 Prozent.<sup>12</sup> Im selben Jahr nannte eine Mehrzahl der Griechen in einer europaweiten Studie Deutschland den am wenigsten vertrauenswürdigen und mitfühlenden sowie zugleich arrogantesten EU-Mitgliedstaat.<sup>13</sup> Während der Eskalation zwischen den beiden Regierungen in der griechischen Schuldenkrise im Sommer 2015 verneinten 67 Prozent der Griechen die Frage, ob die Bundesregierung Verständnis für die Sorgen Griechenlands habe.<sup>14</sup>

Diese kritische Wahrnehmung Deutschlands spiegelt sich auch in den Positionen der politischen Parteien und in der medialen Berichterstattung in Griechenland wider: Zwar gab es Unterschiede im Ton und im Ausmaß der Kritik, doch grundsätzlich machten Parteien aller Couleur – von den ehemaligen Volksparteien Nea Dimokratia und PASOK bis hin zur aktuellen Regierungskoalition zwischen der radikal-linken SYRIZA und den rechtspopulistischen „unabhängigen Griechen“ (ANEL) – die Bundesregierung für die sich stetig verschärfende wirtschaftliche und soziale Krise des Landes mitverantwortlich. Zuerst habe deren Zaudern bei der Gewährung europäischer Finanzhilfen im Anfangsstadium der Staatsschuldenkrise deren Ausmaß vergrößert; nun ersticke das Beharren der Bundesregierung auf Haushaltskonsolidierung jegliche Grundlage für die so dringend notwendige wirtschaftliche Erholung des Landes.

Obwohl andere, kleinere Euro-Mitgliedstaaten wie Finnland, die Niederlande oder die Slowakei die deutsche Verhandlungsposition teilten, konzentrierte sich die griechische Kritik fast ausnahmslos auf Deutschland. Die Bundesregierung diente der griechischen Politik dabei auch als Sündenbock, um von den eigenen Verfehlungen der vergangenen Jahrzehnte und vom desolaten Zustand der griechischen Staatsfinanzen abzulenken.<sup>15</sup>

Auf griechischer Seite sahen die Politik und ein Großteil der Medien im Krisenmanagement der Bundesregierung einen moralisch aufgeladenen Akt der Bestrafung, der ein Exempel für andere europäische Schuldenstaaten, vornehmlich in der südlichen Peripherie der Eurozone, statuieren sollte. Zudem sah sich jede griechische Regierung angesichts der in den Rettungsprogrammen festgelegten Konditionalität – eine Kernforderung der Bundesregierung – mit einem weitgehenden Kontrollverlust über das eigene Handeln konfrontiert. Zugeständnisse an die internationalen Geldgeber wurden in den Verhandlungen über Finanzhilfen oftmals nur mit Zwang

und Drohkulissen herbeigeführt. Diese Wahrnehmung erschütterte das Vertrauen in die Bundesregierung, im gesamteuropäischen Sinne verantwortungsvoll Führung zu übernehmen: Die griechische Regierung warf der deutschen vor, einem sich in einer Ausnahmesituation befindenden europäischen Partner dringend notwendige Solidarität viel zu lange zu verweigern und so die griechische Krise mutwillig zu verstärken.

Zudem machten Politiker und Medien auf beiden Seiten alte Stereotype in der öffentlichen Debatte wieder salonfähig und heizten damit die Stimmung auf. Dies ging so weit, dass in einigen deutschen Medien das griechische Volk pauschal verunglimpft wurde („Pleitegriechen“, „Betrüger in der Euro-Familie“). Im Gegenzug warfen diverse griechische Medien der Bundesregierung Hegemonialstreben in der EU vor und schürten durch Vergleiche mit dem Dritten Reich lang überwunden geglaubte Ressentiments.<sup>16</sup>

Wie sehr sich beide Länder abseits der griechischen Schuldenfrage voneinander distanzierten, zeigte sich auch darin, dass in der griechischen Öffentlichkeit und Politik immer energischer die Wiedergutmachung für das während der nationalsozialistischen Besatzungszeit erlittene Unrecht gefordert wurde – ein Thema, das in der griechischen Öffentlichkeit nie ganz abgeschlossen, aber von deutscher Regierungsseite immer wieder abgeblockt worden war. Auch die neu vorgebrachten Forderungen lehnte die Bundesregierung zunächst rigoros ab, insbesondere weil sie es nicht für angebracht hielt, die Reparationsforderungen mit dem griechischen Staatsschuldenstreit zu verknüpfen.

Lange Zeit versuchte die Bundesregierung erst gar nicht, gegenüber der griechischen Öffentlichkeit ihre als hartherzig empfundene Verhandlungslinie zu erklären. Erst die Wahl des konservativen Premierministers Andonis Samaras im Juni 2012 führte zu einer Phase relativer Entspannung und intensiveren Public Diplomacy-Bemühungen vonseiten der Bundesregierung.<sup>17</sup>

Nach dem Amtsantritt der Regierung Tsipras im Januar 2015, die mit einer dezidiert antideutschen Rhetorik („Go back, Ms. Merkel and Mr. Schäuble“) und der Forderung nach einer Beendigung der Sparpolitik erfolgreich Wahlkampf betrieben hatte, eskalierten die gegenseitigen Schuldzuweisungen abermals und die Beziehung zwischen beiden Ländern erreichte einen neuen Tiefpunkt. Trotz aller Grexit-Drohungen im Juli 2015 stand am Ende der Verhandlungen nach entscheidender Intervention von François Hollande ein drittes Rettungspaket, das trotz aller Dissonanzen schrittweise zu einer verbalen Deeskalation führte. Die Regierung Tsipras musste



eingestehen, auf gute Arbeitsbeziehungen mit Deutschland und den anderen EU-Ländern angewiesen zu sein.

Seitdem die Flüchtlingskrise die griechische Schuldenkrise als höchste Priorität der EU abgelöst hat, hat sich in der griechischen Öffentlichkeit die Wahrnehmung Deutschlands und insbesondere Kanzlerin Merkels leicht verbessert. Laut einer Umfrage stieg die Beliebtheit der Bundeskanzlerin seit Ausbruch der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 von 16 auf 35 Prozent. Finanzminister Schäubles Beliebtheitswert hingegen sank im selben Zeitraum um ein Prozent auf 14 Prozent, weil er weiterhin als Hauptschuldiger für die Schuldenkrise gesehen wird.<sup>18</sup>

Merkels Flüchtlingspolitik hat in Griechenland viel Lob für ihre Menschlichkeit und Solidarität erfahren. Die Bundesregierung verfolgt Lösungen für die Flüchtlingskrise, die in Griechenland auf hohe gesellschaftliche Akzeptanz stoßen: Den im Herbst 2015 lancierten Vorstoß einzelner Mitgliedstaaten entlang der Balkanroute, Flüchtlinge durch Grenzsicherungen aufzuhalten, lehnten die deutsche wie die griechische Regierung ab, da dies zu einem Anstauen der Flüchtlinge in Griechenland und zu einem faktischen Ausschluss des Landes aus dem Schengenraum geführt hätte. Seit Mitte 2015 konvergieren griechische und deutsche Interessen für eine nachhaltige europäische Lösung der Flüchtlingskrise, beispielsweise im Rahmen eines langfristigen Umverteilungsmechanismus, durch einen effektiven Schutz der Außengrenzen und mit Blick auf das EU-Türkei-Abkommen.

Dies bedeutet nicht, dass das negative Deutschland-Bild der vergangenen Jahre plötzlich vergessen wäre. Doch die Bundeskanzlerin genießt in dieser Frage wieder neuen Kredit. Die Flüchtlingskrise könnte für die beiden Regierungen zu einer wichtigen vertrauensbildenden Maßnahme werden. Trotzdem: Deutschlands Rolle in der Diskussion über Maßnahmen zum Abbau des griechischen Schuldenbergs – insbesondere mit Blick auf die Bereitschaft der Bundesregierung, einem Schuldenschnitt zuzustimmen – bleibt das formative Element dafür, ob langfristig wieder Vertrauen zwischen den beiden Staaten hergestellt werden kann.

### Perspektive 3: Polen

Die deutsch-polnischen Beziehungen galten kurz vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 als so gut wie nie zuvor. „Das frühere Misstrauen zwischen Warschau und Berlin ist einer pragmatischen und engen Zusammenarbeit gewichen“, schrieb der polnische Politikwissenschaftler Piotr Buras im November 2014.<sup>19</sup> In Umfragen bewerteten die Polen die deutsche

Europapolitik über Jahre hinweg unverändert positiv, selbst nach dem Beginn der Finanzkrise, als in anderen EU-Ländern schon wachsender Skeptizismus gegenüber Deutschland herrschte. 2015 waren über 68 Prozent der Polen der Meinung, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beitrage, und lediglich 20 Prozent gegenteiliger Ansicht. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2015 waren die positiven Bewertungen um 10 Prozent gestiegen.<sup>20</sup>

Das große Vertrauen, das die durch die proeuropäische Bürgerplattform (PO) getragene vormalige polnische Regierung der Bundesrepublik entgegenbrachte, fand seinen höchsten Ausdruck in einer Rede des polnischen Außenministers Radek Sikorski im November 2011, in der er erklärte: „Ich fürchte die deutsche Macht weniger als die deutsche Untätigkeit. [...] Sie sind Europas unverzichtbare Nation geworden. Sie dürfen bei der Führung nicht versagen.“<sup>21</sup> Allerdings wurde bereits unter Ministerpräsident Donald Tusk und noch mehr unter seiner Nachfolgerin Ewa Kopacz deutlich, dass die von Sikorski beschworene deutsche Führung in Europa auch Reibungsverluste für Warschau mit sich brachte. Während Polen als Nichtmitglied der Eurozone die Finanz- und Wirtschaftskrise ohne wirtschaftliche Einbrüche überstand, führte die deutsche Dominanz in der Bewältigung der Krise mit Russland über die Ukraine zu Friktionen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung.

So spielte Polen – traditionell „die Speerspitze der EU-Ostpolitik“<sup>22</sup> – bei den diplomatischen Bemühungen um eine Lösung der Krise mit Russland über die Ukraine keine Rolle, obwohl diese auch polnische Sicherheitsinteressen betraf. Stattdessen übernahm Deutschland im Normandie-Format gemeinsam mit Frankreich die Russland-Diplomatie der EU. Auch wenn die PO-Regierung diesen in ihren Augen herben Prestigeverlust und die damit einhergehende Marginalisierung nicht Deutschland, sondern Russland zuschrieb, hatten einige Polen den Eindruck, dass wieder einmal Deutsche mit Russen über Staatsinteressen Polens verhandelten, ohne ihr Land selbst zu involvieren. Diese Wahrnehmung, besonders prominent vertreten in Jaroslaw Kaczynskis nationalkonservativer Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), nährten auch Medienberichte, die spekulierten, ob Deutschland mehr an einem Ausgleich mit der russischen Regierung als an der Sicherheit Ostmitteleuropas interessiert sei. Gleichzeitig warfen die Medien die Frage auf, ob die Bundesregierung ihren dortigen Partnern im Ernstfall tatsächlich sicherheitspolitische Rückendeckung geben würde.



Obwohl das Kanzleramt gegenüber Russland von Anfang an Konsequenz zeigte und zur Verlängerung der Sanktionen Druck auf die EU-Partner ausübte, blieb die Darstellung Deutschlands hinsichtlich Russlands in der polnischen Öffentlichkeit zwiespältig. Die polnischen Medien griffen ausführlich auf, dass zwei ehemalige Bundeskanzler Verständnis für das russische Vorgehen auf der Krim äußerten und deutsche Politiker im Allgemeinen immer wieder den Wunsch nach einer Aufhebung der Sanktionen. Dies diene als Beleg, dass Deutschland allenfalls ein „zögerlicher Verbündeter“<sup>23</sup> sei. Auch das deutsche Pipeline-Projekt „Nord Stream 2“ verletzt aus polnischer Sicht mittel- und osteuropäische Interessen.

Trotz erheblicher Kritik in den Medien und aus der nationalkonservativen Opposition ließ sich die damalige PO-Regierung nicht davon abbringen, die deutsche Regierung als unentbehrlichen Partner zu sehen und auch den eigenen Ukraine-Kurs eng mit ihr zu koordinieren: „Hintergrund war die Überzeugung, dass nur ein gemeinsames Auftreten der EU Früchte tragen könne – selbst wenn dadurch nicht alle polnischen Ansprüche berücksichtigt werden sollten.“<sup>24</sup> Seit dem polnischen Regierungswechsel im Oktober 2015, der die nationalkonservative PiS an die Macht gebracht hat, wächst jedoch auch auf Regierungsebene das Misstrauen gegenüber Deutschland und den Deutschen. So forderte Außenminister Witold Waszczykowski, Polen dürfe nicht länger „Vasall“ Deutschlands sein. In seiner jährlichen Rede im Sejm nannte er 2016 Deutschland nicht mehr den wichtigsten Partner Polens, sondern „nur“ den wichtigsten Wirtschaftspartner. Damit stellt die polnische Regierung den grundlegenden Charakter der Beziehung zu Deutschland, wie er sich seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt hat, infrage.

Die PiS-Regierung ficht die deutsche Führungsrolle in der EU offen an. Durch regionale Kooperationsformate, insbesondere im Rahmen der Visegrad-Staaten, versucht sie, ein Gegengewicht in Ostmitteleuropa zu bilden, das die deutsche „Vormacht“ brechen soll. Dies passt zur grundsätzlichen Linie der PiS-Regierung, die immer wieder betont, Polen solle sich „von den Knien erheben“ und endlich eine „angemessene“ Rolle in Europa spielen.

Darüber hinaus erwächst das polnische Misstrauen gegenüber Deutschland aus der tiefen Ablehnung der PiS-Regierung eines kulturellen und gesellschaftlichen Modells, für das die Bundesrepublik in Europa angeblich stehe. Außenminister Waszczykowski charakterisierte dieses als einen „neuen Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch

auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen“.

Die skeptische Haltung der PiS-Regierung gegenüber Deutschland hat sich mittlerweile auch auf die öffentliche Meinung in Polen ausgewirkt. Vergleicht man Umfragen aus den Jahren 2015 und 2016, zeigt sich ein Anstieg negativer Meinungen über Deutschland (von 12 auf 19 Prozent), wobei die Anzahl positiver Antworten unverändert bleibt (2015: 66 Prozent; 2016: 67 Prozent).<sup>25</sup> Dieser zumindest leichte Stimmungswandel ist sicherlich auch das Resultat einer gezielten Kampagne der regierungstreuen staatlichen Medien, die versuchten, das Narrativ vom „deutschen Diktat“ in der Berichterstattung zu etablieren. Nicht erst seit der Wiederwahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten gegen den Widerstand Polens herrscht in den polnischen Staatsmedien der Eindruck vor, die EU werde von Berlin aus gesteuert. „Der deutsche Kandidat wurde erneut EU-Ratspräsident“, titelte beispielsweise das PiS-nahe, rechtskonservative Internetportal Niezalezna.pl.

Einem „deutschen Diktat“ sah man sich bereits seit Beginn der Flüchtlingskrise ausgesetzt. Aus Sicht der PiS-Regierung sowie in der Wahrnehmung weiter Teile der polnischen Bevölkerung handelt es sich hier um ein von Angela Merkel verursachtes Problem, das nun auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten gelöst werden soll. Die PiS-Regierung verdächtigt Deutschland, die europäischen Institutionen für nationale Zwecke zu instrumentalisieren. Wie alle Länder der Visegrad-Gruppe hat auch Polen laut gegen die Einführung eines Solidaritätsmechanismus im Rahmen eines EU-Quotensystems protestiert, der die Umverteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten der EU bedeutet hätte, und der eine zentrale Forderung der Deutschen war.

Deutschlands Einfluss auf die Funktionsweise der EU ist aus Sicht der PiS-Regierung ein Problem, da diese die Ausrichtung deutscher Europapolitik grundsätzlich infrage stellt. Heute gehört Polen zu jenen Staaten, die die EU gerne zu einem Europa der Nationalstaaten zurückbauen würden. So betont die PiS, dass sie keiner weiteren Vertiefung der EU zustimmen wird. Auch strebt Polen keine Eurozonenmitgliedschaft mehr an. Dem unter anderem von Deutschland unterstützten Vorschlag eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten stehen die Polen ebenfalls ablehnend gegenüber. Mit der PiS regiert in Warschau eine Partei, deren starkes und generelles Misstrauen gegenüber Deutschland das Verhältnis zu Berlin bestimmt und der daran gelegen ist, Berlins Einfluss in und gegenüber Polen sowie in der EU zurückzudrängen.<sup>26</sup>

## Handlungsempfehlungen für die deutsche Europapolitik

Seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und der damit verbundenen beispiellosen Verunsicherung im transatlantischen Verhältnis sind die Erwartungen an das deutsche Führungspotenzial innerhalb und außerhalb Europas noch einmal gestiegen. Die Kanzlerin selbst hat in den letzten Monaten immer wieder darauf verwiesen, dass die Europäer ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen, und auch die besondere Verantwortung Deutschlands in diesem Prozess betont. Auf Deutschlands Schultern scheint mit einem Mal nicht nur die Zukunft Europas zu lasten, sondern eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung liberaler Werte und für eine regelbasierte Weltordnung. Für Berlin ist diese Erwartungshaltung keine gute Nachricht.

Erstens speist sich die Überhöhung der deutschen Rolle in Europa nicht aus einem tatsächlich gewachsenen deutschen Machtpotenzial. Es ist vielmehr die Schwäche der anderen, insbesondere der großen Mitgliedstaaten, die die Bundesrepublik als so stark und stabil erscheinen lässt. Wie unsere Länderanalysen zeigen, führt die Frustration über diese Unterlegenheit zu wachsendem Misstrauen gegenüber dem als dominant wahrgenommenen Deutschland.

Zweitens illustrieren die drei Länderanalysen, dass die ohnehin schwierige Aufgabe, verschiedene Interessen in Europa auszubalancieren, künftig noch schwerer zu erfüllen sein wird. Während beispielsweise Griechenland das deutsche Handeln in der Flüchtlingskrise begrüßte, stieß es in Polen – und in geringerem Maße auch in Frankreich – auf Ablehnung. Umgekehrt erfuhr die deutsche Konsolidierungspolitik während der Krisen im Euroraum heftige Kritik aus Griechenland und Frankreich, gleichzeitig wurde sie in Polen grundsätzlich positiv bewertet. In der Konfrontation mit Russland über die Ukraine missfiel insbesondere der PiS die deutsche Führungsrolle im Normandie-Format, die französische Regierung ließ sich hingegen gern auf die Rolle eines Juniorpartners ein.

Letztlich ist es für Deutschland unmöglich, das zu leisten, was die anderen europäischen Staaten nach Herfried Münkler von Berlin als „Zentralkraft“ Europas erwarten: „die zuletzt dramatisch angewachsenen Zentrifugalkräfte in der Union zu bändigen, die unterschiedlichen Interessen von Nord- und Süd-, West- und Osteuropäern zusammenzuführen, dabei nach einer gemeinsamen Linie zu suchen und schließlich auch noch dafür zu sorgen, dass die Herausforderung des einen Randes auch die gegenüberliegende Seite der EU etwas angeht“.<sup>27</sup>

Egal, wie sich Deutschland in den verschiedenen Krisen positionierte, es gelang nie, alle Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Im Gegenteil. Besonders in der Euro- und der Flüchtlingskrise wurde der Bundesregierung vorgeworfen, ihre eigenen Vorstellungen gegen den Willen der anderen EU-Mitgliedstaaten und ohne Absprache durchgedrückt zu haben. Deutschland, so der Vorwurf, habe Europa und die europäischen Institutionen für seine nationale Interessenpolitik instrumentalisiert.

In der realwirtschaftlichen Krise in der Eurozone wie auch in der Flüchtlingskrise wird deutlich, dass immer mehr Regierungen europäischer Mitgliedstaaten nicht mehr der Meinung sind, dass Deutschland die vorhandenen Probleme richtig analysiere und erfolgreiche Lösungen anbiete. Griechenland, gemeinsam mit weiteren südlichen Mitgliedstaaten, fühlt sich durch die deutschen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen für Europa nicht vertreten. Gleiches gilt für die mittel- und osteuropäischen Länder mit Blick auf die Flüchtlingskrise. Das Misstrauen in die deutsche Führung wächst dadurch weiter.

Gleichzeitig führt der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs dazu, dass sich die restlichen Mitgliedstaaten noch stärker bewusst werden, dass an Deutschland kein Weg vorbeiführt. Aus diesem Grund wurde selbst die PiS-Regierung trotz grundsätzlicher Animositäten nach den ersten Monaten im Amt wieder diplomatischer gegenüber der deutschen Regierung.

Auch Frankreich sieht Deutschland bei allen vorhandenen Meinungsverschiedenheiten und Frustrationen weiterhin als unersetzlichen Partner: Für den neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der während des Wahlkampfs zweimal nach Berlin kam, ist eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland unumgänglich und deswegen auch selbstverständlich.

Griechenland kann weder die Wirtschafts- und Schuldenkrise noch die Flüchtlingskrise ohne die Unterstützung der Bundesregierung lösen.

Von dieser neuen Rolle wird sich Deutschland nicht so schnell verabschieden können. Berlin kann es sich nicht erlauben, zurückhaltend zu sein. Es würde ein Vakuum entstehen, das Europas Rechtspopulisten in die Hände spielt. Die Bundesregierung muss also neue Verhaltensregeln entwickeln, um einen weiteren Vertrauensverlust zu vermeiden. Dafür muss sie in erster Linie – anders als in der Flüchtlingskrise – die eigenen Absichten besser kommunizieren und ihre Partner in Entscheidungen einbeziehen, statt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dazu gehört auch, dass sich die deutsche Regierung auf grundsätzliche Diskussionen über den europapolitischen

Kurs einlässt und dabei bereit ist, die Richtigkeit anderer Problemanalysen anzuerkennen.

Die Bundesregierung ist nicht – wie sie sich gerne selbst darstellt – die Wächterin der europäischen Regeln und Vermittlerin zwischen den Partnern. Die deutschen Forderungen sind nicht neutral, sondern von nationalen Erfahrungen, Traditionen und Denkweisen geprägt, wie bei allen Partnerstaaten auch. Würde die deutsche Regierung diesem Umstand auf europäischer Ebene offen Rechnung tragen, würde dies den Vorwurf des Anspruchs auf moralische Überlegenheit, den andere europäische Politiker häufig äußern, abschwächen. Auch der Vorwurf einer „versteckten Agenda“ würde zumindest teilweise entkräftet.

Außerdem verstecken sich andere Mitgliedstaaten oftmals hinter der deutschen Regierung, etwa während der Krisen im Euroraum, als viele nord- und osteuropäische Länder die deutsche Position teilten: Als Sprecher von Ländern, die sich im Hintergrund halten, wird Deutschland so zum ungewollten Kristallisationspunkt der innereuropäischen Spannungen. Deswegen sollte die Bundesregierung zur Schaffung europäischer Strukturen und Vereinbarungen beitragen, die Deutschland weniger in den Vordergrund stellen würden. Auch mehr Kollegialität würde der Idee eines „Diktats“ widersprechen. So sollte Deutschland anderen EU-Ländern aktiv Partnerschaften anbieten und seine Partner stärker aufwerten – ähnlich dem Modell der deutsch-französischen Zusammenarbeit gegenüber Russland in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine.

Mit der Wahl eines überzeugten Europäers zum neuen Präsidenten Frankreichs hat Berlin nun die Chance,

seine unbequeme Führungsrolle in der EU besser teilen und somit auch neue Koalitionen eingehen zu können. Frankreich hat traditionell einen guten Draht zu den EU-Südstaaten und teilt manche ihrer Interessen und Forderungen. Daher wäre es im deutschen Sinne, dass es die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Norden und dem Süden verstärkt einnimmt. Genauso sinnvoll ist es, wieder an das Format des Weimarer Dreiecks mit Frankreich, Polen und Deutschland anzuknüpfen und es mit Leben zu füllen. Doch dies kann nur gelingen, wenn die deutsch-französische Partnerschaft eine gleichberechtigte ist. Dafür sind nicht nur Strukturreformen in Frankreich notwendig, sondern auch Deutschland wird Frankreich stärker entgegenkommen müssen, etwa in Bezug auf die weitere Integration der Eurozone oder eine intensivere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik. Die Bundesregierung muss echte, schmerzhaft Kompromisse eingehen. Gerade im Dialog mit der Öffentlichkeit sollte sie betonen, dass die dabei entstehenden Kosten notwendige Investitionen für die Prosperität Deutschlands sind, die untrennbar mit der Stabilität Europas zusammenhängt.

**Dr. Claire Demesmay** leitet das Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

**Dr. Jana Puglierin** leitet das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP.

**Julian Rappold** ist Senior Policy Analyst am European Policy Centre in Brüssel und leitet dort das Projekt „Connecting Europe“.

## Anmerkungen

- 1 Josef Janning, Suche nach Gestaltungsmacht. Deutsche Außenpolitik in Europa, in: APuZ, 28-29/2016, S. 13-18, hier S. 13.
- 2 Vgl. Quentin Peel, Halbherziger Hegemon, in: Internationale Politik (IP), September/Oktober 2015, S. 76-79, hier S. 76.
- 3 Umfrage IFOP im Auftrag der Deutschen Botschaft in Paris: Regards croisés sur les relations franco-allemandes à l'occasion du 50ème anniversaire du traité de l'Elysée, Januar 2013, <[http://www.ifop.com/media/poll/2116-1-study\\_file.pdf](http://www.ifop.com/media/poll/2116-1-study_file.pdf)> (abgerufen am 11.5.2017).
- 4 Ebd., S. 36 und 38.
- 5 Umfrage Infratest-dimap und TNS-Sofres im Auftrag des Saarländischen Rundfunks und des DFJP, Juni 2016, <<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/stabilitaet-kennzeichnet-weiterhin-die-deutsch-franzoesischen-beziehungen/>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 6 Catherine de Vries, Isabell Hoffmann, What do the People Want? Opinions, Moods and Preferences of European Citizens (Bertelsmann Stiftung), 2015, hier S. 37, <[https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/Study\\_EZ\\_EUopinions\\_2015.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Study_EZ_EUopinions_2015.pdf)> (abgerufen am 11.5.2017).
- 7 Umfrage IFOP im Auftrag der Deutschen Botschaft in Paris, a.a.O. (Anm. 3).
- 8 Umfrage Infratest-dimap und TNS-Sofres im Auftrag des Saarländischen Rundfunks und des DFJP, a.a.O. (Anm. 5).
- 9 Umfrage Infratest-dimap und TNS-Sofres im Auftrag des Saarländischen Rundfunks und des Deutsch-Französischen Journalistenpreises (DFJP), Juni 2014, <<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/deutsch-franzoesisches-verhaeltnis-wer-gibt-den-ton-an/>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 10 Vgl. Christine Pütz, Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg. Leit motive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa, in: Claire Demesmay, Christine Pütz, Hans Stark (Hrsg.), Frankreich und Deutschland – Bilder, Stereotype, Spiegelungen, Baden-Baden 2016, S. 19-32.
- 11 Vgl. Claire Demesmay, Daniela Schwarzer, Ein unverzichtbares Paar, in: IP, März/April 2017, S. 33-41.
- 12 Vgl. Liebe der Griechen für Deutschland ist erloschen, in: Zeit Online, 18.8.2013, <<http://www.zeit.de/gesellschaft/2013-08/griechenland-deutschland-beliebtheit-umfrage-euro-krise>> (abgerufen am 2.6.2017).
- 13 Vgl. Pew Research Center, The New Sick Man of Europe: the European Union, 13.5. 2013, <<http://www.pewglobal.org/2013/05/13/the-new-sick-man-of-europe-the-european-union/>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 14 Vgl. Presseportal, Umfrage Infratest dimap & Kapa Research für Günther Jauch. Umfrage unter Griechen und Deutschen: Regierungen haben kaum Verständnis füreinander, 21.6.2015, <<http://www.presseportal.de/pm/102555/3052363>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 15 Vgl. George Tzogopoulos, Greek-German Relations in Times of Crisis, in: Note du Cerfa 126, November 2015.
- 16 Vgl. Hans Bickes, Tina Otten, Laura Chelsea Weymann, Deutsch-Griechische Problemfelder: Die Rolle der Medien, in: Ulf-Dieter Klemm, Wolfgang Schultheiß (Hrsg.), Die Krise in Griechenland – Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt/M. 2015, S. 326-351.
- 17 Merkels erstem Staatsbesuch in Athen seit Krisenbeginn am 8.10.2012 folgten eine Reihe von Besuchen hochrangiger deutscher Politiker und weitere Initiativen, die den griechisch-deutschen Dialog wiederbeleben sollten. Unter den Besuchen sind besonders hervorzuheben: Finanzminister Wolfgang Schäuble am 17.7.2013, Bundespräsident Joachim Gauck am 7.3.2014 und ein weiterer Besuch Merkels kurz vor den Europawahlen am 11.4.2014. Zu den Initiativen gehören u. a. die Gründung des Griechisch-Deutschen Jugendwerks sowie die Schaffung der Deutsch-Griechischen Versammlung und des Griechisch-Deutschen Zukunftsfonds. Das Auswärtige Amt stellte den politischen Stiftungen zudem zusätzliche Mittel für die Arbeit in Griechenland bereit.
- 18 Vgl. Public Issue. Political Barometer 162, Februar 2017, <<http://www.publicissue.gr/13412/varometro-feb-2017-ger/>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 19 Piotr Buras, Warschau Wünsche, Berlins Bedenken. Das Ende der Ära Tusk und die deutsch-polnischen Verstimmungen, in: IP, November/Dezember 2014, S. 84-87, hier S. 84.
- 20 Vgl. Agnieszka Łada, Deutsch-Polnisches Barometer 2015, Polnische Ansichten zur Deutsch-Polnischen Partnerschaft im gemeinsamen Europa, <[www.kas.de/wf/doc/kas\\_40801-1522-1-30.pdf?150325090506](http://www.kas.de/wf/doc/kas_40801-1522-1-30.pdf?150325090506)> (abgerufen am 11.5.2017).
- 21 Radek Sikorski, Polen und die Zukunft der Europäischen Union, Berlin, 28.11.2011, <<http://on.dgap.org/Rng64S>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 22 Buras, Warschau Wünsche, Berlins Bedenken, a. a. O. (Anm. 19), hier S. 84.
- 23 Michal Baranowski, Neighborly Advice, in: Berlin Policy Journal, September/Oktober 2016, <<http://berlinpolicyjournal.com/neighborly-advice/>> (abgerufen am 11.5.2017).
- 24 Ebd.
- 25 Vgl. Agnieszka Łada, Deutsch-Polnisches Barometer 2016, Gegenseitige Wahrnehmung der Polen und Deutschen 25 Jahre nach Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags, <[www.isp.org.pl/barometr2016/de/runterladen.pdf](http://www.isp.org.pl/barometr2016/de/runterladen.pdf)> (abgerufen am 11.5.2017).
- 26 Vgl. Kai-Olaf Lang, Misstrauen und Zusammenarbeit. Warschau Blick auf Deutschland und Folgen für die deutsch-polnischen Beziehungen, in: SWP-Aktuell 13, März 2016.
- 27 Herfried Münkler, Wir sind der Hegemon, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.8.2015.

